

Protokoll
über die 1. Sitzung des Zuwanderer- und Integrationsrates am 21.12.2004,
Rathaus Cronenberger Straße - Sitzungssaal 102
- öffentlich -

Unter Vorsitz des Beigeordneten **Herrn Günter Smentek** sind folgende Mitglieder des neu gewählten Zuwanderer- und Integrationsrates anwesend:

CDU	Belen-Ries, Maria (Sprecherin)
CDU	Pickardt, Rita für Jacobi, Rolf - ab Punkt 11 (18.30 Uhr)
	Racka-Watzlawek, Gabriele, für Pickardt, Rita
CDU	Krebs, Bernd für Messing, Elke
CDU	Steinheuer, Petra
SPD	Preuß-Buchholz, Iris
SPD	Tranchina, Salvatore
SPD	Zacharaki, Ioanna (Sprecherin)
FDP	Brems, Gerd (beratend)
Grüne – o. Liste	Knoche, Frank
BfS	Osthoff, Rolf
direkt gewählt	Aurelio, Salvatore
direkt gewählt	Avci, Aynur
direkt gewählt	Bascho, Kernaleddine
direkt gewählt	Curuk, Caner
direkt gewählt	Dogan, Kermal
direkt gewählt	Firouzkhah, Hassan
direkt gewählt	Kilinc, Ergun
direkt gewählt	Mamone, Pino Umberto
direkt gewählt	Passmann, Bernd
direkt gewählt	Zingal, Fatih

beratend:

FDP	Brems, Gerd
DGB	Basaran, Kaya
AG Wohlfahrts- verbände	Koss, Horst
Arbeitgeber- verband	Pollmann, Hans-Peter

Es fehlt entschuldigt:

Agentur für Arbeit - Bernecker, Hans-Peter

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bgo Smentek, Günter	Ressort 5
Rennbaum, Barbara	321
Häusgen, Mike	321
Oberheuser, Bernd	510
Wehkamp, Anne	501
Zinndorf, Adelheid	501
Di Bernardo, Gina	522-6

Beginn der Sitzung:	17.00 Uhr
Ende der Sitzung:	19.15 Uhr

Tagesordnung - öffentlicher Teil -

Drucks.-Nr.

1.	Befangenheitserklärungen gemäß § 31 Gemeindeordnung NW	
2.	Verpflichtung der Mitglieder des Zuwanderer- und Integrationsrates	
3.	Bestellung eines Schriftführers	315
4.	Wahl der bzw. des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden	316
5.	Benennung der Vertreterinnen und Vertreter für die urgewählten Mitglieder	317
6.	Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Zuwanderer- und Integrationsangelegenheiten vom 20.09.2004	
7.	Benennung eines beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss	318
8.	Benennung jeweils eines beratenden Mitgliedes für die Bezirksvertretungen	319
9.	Benennung eines beratenden Mitgliedes für den Seniorenbeirat	320
10.	Benennung von zwei Mitgliedern für die Umsetzungsgruppe für das interkulturelle Gesamtkonzept	321
11.	Benennung von Vertretern für die Landesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA)	322
12.	Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthaltes und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz)	223
13.	Verschiedenes	
	a) Mitteilungen der Verwaltung	
	b) Anfragen an die Verwaltung	

Der Beigeordnete, Herr Smentek, begrüßt in Vertretung des Oberbürgermeisters die Mitglieder zur konstituierenden Sitzung und übernimmt als Wahlleiter die Sitzungsleitung, bis Vorsitz und Stellvertretung des Zuwanderer- und Integrationsrates neu gewählt sind.

Herr Smentek stellt die fristgerechte und ordnungsgemäße Einladung fest.

Zur Tagesordnung

Der Ausschuss erklärt sich mit der Tagesordnung einverstanden.

Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Punkt 1

Befangenheitserklärungen gemäß § 31 Gemeindeordnung NW

Es werden keine Befangenheitserklärungen abgegeben:

TOP 2

Verpflichtung der Mitglieder des Zuwanderer- und Integrationsrates

Der Beigeordnete verpflichtet die gewählten Mitglieder des Zuwanderer- und Integrationsrates auf ihre neue Aufgabe.

TOP 3

Bestellung eines Schriftführers

Der Zuwanderer- und Integrationsrat bestellt einstimmig Herrn Oberbürgermeister Haug zum Schriftführer.

TOP 4

Wahl der bzw. des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden

Der Beigeordnete schlägt eine geheime Abstimmung vor und bittet um Vorschläge für die Kandidatur.

Herr Zingal schlägt **Herrn Mamone** vor. **Herr Dogan** schlägt **Herrn Passmann** vor. 12 Stimmen entfallen auf Herrn Mamone, 7 Stimmen auf Herrn Passmann.

Damit wurde Herr Mamone zum Vorsitzenden des Zuwanderer- und Integrationsrates gewählt.

Als Stellvertreter schlägt **Herr Mamone Herrn Zingal** vor.

Herr Zingal wird in geheimer Abstimmung mit 14 Stimmen, bei 5 Gegenstimmen zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Herr Mamone und **Herr Zingal** nehmen die Wahl an und bedanken sich für das ihnen entgegengebrachte Vertrauen.

Herr Mamone übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr Mamone appelliert an alle Mitglieder des Integrationsrates, konstruktiv zusammen zu arbeiten im Sinne der zukünftigen Aufgaben. Er bittet die Parteien um Unterstützung bei den Anliegen der Migranten/innen und den Anforderungen, die mit der Integration verbunden sind. Er bedankt sich bei seinem Vorgänger, **Herrn Passmann** für seinen Einsatz für die ausländischen Mitbürger/innen. Er verbindet den Dank mit dem Wunsch, das Wissen und die Erfahrung des bisherigen Vorsitzenden auch zukünftig nutzen zu dürfen und in einem konstruktiven Miteinander den Anforderungen zu begegnen.

TOP 5

Benennung der Vertreterinnen und Vertreter für die urgewählten Mitglieder

Folgende Vertreter für die urgewählten Mitglieder des Zuwanderer- und Integrationsrates werden benannt:

Herr Mamone von der Lista Italiana benennt **Herrn Laudani** als Stellvertreter.

Herr Aurelio von der Lista Italiana benennt **Herrn Sansone** als Stellvertreter.

Herr Zingal von der Türk Listesi benennt keinen Stellvertreter.

Herr Kilinc von der Türk Listesi benennt keinen Stellvertreter.

Frau Avci von der Türk Listesi benennt **Frau Akan** als Stellvertreterin.

Herr Dogan von der Demokratik Liste benennt **Herrn Uyar** als Stellvertreter.

Herr Bascho von der Arabischen Liste benennt **Herrn Wawi** als Stellvertreter.

Herr Firouzkhah von der Internationalen Liste wird eine Stellvertretung zu einem späteren Zeitpunkt benennen.

Herr Passmann und **Herr Curuk** benennen als Einzelkandidaten keine Stellvertreter.

TOP 6

Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Zuwanderer- und Integrationsangelegenheiten vom 20.09.2004

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis genommen.

TOP 7

Benennung eines beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

Als beratendes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss werden **Herr Curuk** und **Herr Basaran** vorgeschlagen. Beide stellen sich kurz vor.

Es wird geheime Wahl beantragt. Herr Curuk erhält 11 Stimmen, Herr Basaran 8 Stimmen.

Damit ist **Herr Curuk** als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Herr Curuk bedankt sich und nimmt die Wahl an.

Zum Stellvertreter wird **Herr Kilinc** benannt.

TOP 8**Benennung jeweils eines beratenden Mitgliedes für die Bezirksvertretungen**

Der Zuwanderer- und Integrationsrat benennt als beratendes Mitglied für die Bezirksvertretung Mitte: **Herrn Firouzkhah**
die Bezirksvertretung Gräfrath: Benennung wird verschoben auf die nächste Sitzung
die Bezirksvertretung Burg/Höhscheid: **Frau Avci**
die Bezirksvertretung Wald: **Herrn Aurelio**
die Bezirksvertretung Merscheid/Ohligs: **Herrn Mamone/** Vertretung: **Herr Laudani**

TOP 9**Benennung eines beratenden Mitgliedes für den Seniorenbeirat**

Der Zuwanderer- und Integrationsrat benennt als beratendes Mitglied für den Seniorenbeirat **Herrn Mamone**.

TOP 10**Benennung von zwei Mitgliedern für die Umsetzungsgruppe für das interkulturelle Gesamtkonzept**

Der Zuwanderer- und Integrationsrat benennt als Mitglieder für die Umsetzungsgruppe für das Interkulturelle Gesamtkonzept:

1. **Frau Zacharaki**
2. **Frau Pickardt**.

TOP 11**Benennung von Vertretern für die Landesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA)**

Der Zuwanderer- und Integrationsrat benennt als Delegierten für die Sitzungen des Hauptausschusses der LAGA **Herrn Passmann**. Als Stellvertreter wird **Herr Dogan** benannt.

Der Zuwanderer- und Integrationsrat benennt weiterhin als Delegierte für die Mitgliederversammlung der LAGA **Herrn Firouzkhah** und **Herrn Zingal**. Als Stellvertreter werden **Herr Curuk** und **Herr Bascho** benannt.

Die Delegierten und Stellvertreter für die Landesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA) müssen vom Rat bestätigt werden.

TOP 12**Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthaltes und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz)**

Herr Häusgen verweist auf die Vorlage, die auch im Haupt- und Kulturausschuss sowie im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Wohnungswesen vorgeschlagen wurde. Er fasst die wesentlichen Veränderungen, die mit dem Zuwanderungsgesetz ab 01.01.2005 verbunden sind, kurz zusammen.

Zukünftig werde die Ausländerbehörde im Rahmen des sogenannten „One-Stop-Government“ alleiniger Ansprechpartner für Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen sein. Sie werde dabei auf die Zustimmung der Arbeitsverwaltung angewiesen sein. Im Falle strittiger Entscheidungen liege das Prozessrisiko bei der Stadt Solingen. Man werde seitens der Ausländerbehörde versuchen, mit dem vorhandenen Personal die neuen Aufgaben zu bewältigen.

Verschiedene Mitglieder des Zuwanderer- und Integrationsrates bitten im Anschluss an den Vortrag um die Beantwortung folgender Fragen:

Herr Passmann fragt nach den Auswirkungen für die Erteilung von Aufenthaltstiteln, wenn ein Sprachkurs nicht besucht wird.

Frau Zacharaki lobt die gut vorbereitete und informative Fachveranstaltung zum Zuwanderungsgesetz, die von der Verwaltung am 2.12.04 durchgeführt wurde.

Sie fragt:

1. Wie die potentiellen Teilnehmer für die Sprachkurse angesprochen werden.
2. Wie viele anerkannte Sprachkursträger es für die Durchführung der Sprachkurse nach den neuen Richtlinien in Solingen gebe.
3. Ob eine sozialpädagogische Betreuung und Kinderbetreuung für die Kurse vorgesehen sei.

Herr Knoche fragt:

1. Was es mit dem Rechtsanspruch auf Sprachkurse und der Verpflichtung zur Teilnahme auf sich habe.
2. Welche Veränderungen sich für Flüchtlinge nach ALG 2/ Hartz 4 und Asylbewerberleistungsgesetz ergäben.
3. Welche Konsequenzen eine Nichtmitwirkung an den Sprachkursen für die Betroffenen haben könne.
4. Wie die Finanzierung bei Personen erfolge, die keine Eigenleistung von einem Euro pro Unterrichtsstunde erbringen könnten.

Herr Koss fragt, wie weit die Sprach- und Orientierungskurse im Rahmen der Umsetzung des Interkulturellen Gesamtkonzeptes thematisiert werden.

Frau Pickardt bittet die Verwaltung, die Beantwortungen von Anfragen, die verschiedene Ausschüsse betreffen können, grundsätzlich parallel an diese Gremien zu leiten.

Herr Häusgen geht auf die Anfragen direkt ein und verspricht, das Konzept des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dem Protokoll beizufügen.

Zur Praxis der Sprachkurse erläutert er, dass die Kursträger Anträge an das BAMF stellen. In Solingen wurden die VHS und die Sprachschule Ohligs bereits als qualifizierte Sprachkursanbieter anerkannt. Auch das Katholische Bildungswerk habe über seine Zentrale einen entsprechenden Antrag gestellt. Die Kosten für die Durchführung der Kurse könne man dann im Rahmen der zugesicherten Sätze abrechnen.

Neu zuziehende Ausländer erhielten zukünftig einen Berechtigungsschein von der Ausländerbehörde und müssten sich dann innerhalb von 3 Monaten für einen Sprachkurs mit 100 Stunden anmelden. Die Kursgebühren von 100 Euro seien im voraus zu entrichten. Bei Bedürftigkeit könne ein Antrag auf Kostenerlass an das Bundesamt gerichtet werden. Wie dies praktisch gehandhabt werde, stimme man derzeit mit der Regionalkoordinatorin Frau Sigrun Maier ab. Es sei zu überlegen, Frau Maier eventuell in eine der nächsten Sitzungen des ZUWI einzuladen.

Auch über andere Kooperationen werde nachgedacht, um ein gutes Angebot an Sprachkursen vorzuhalten (VHS und Familienbildungsstätte). Die Integrationskursverordnung sei erst Ende November in Kraft getreten und sei einzusehen auf der Internetsite: www.bamf.de
Zur möglichen Kostenübernahme durch das Land äußert Herr Häusgen, dass keine Kostenübernahme vom Land für die Sprach- und Integrationskurse erfolge, da es sich nicht um Pflichtleistungen des Landes NRW handle.
Bei Aussiedlern würden die Kosten für Kinderbetreuung und sozialpädagogische Begleitung vom Bund übernommen.

Zum Rechtsanspruch auf einen Sprachkurs erläutert **Herr Häusgen**, dass ein Rechtsanspruch bestehe, wenn Sprachkenntnisse fehlten. Die Ausländerbehörde könne zur Teilnahme an den Kursen verpflichtet werden.
Im Rahmen der Umsetzung des Interkulturellen Gesamtkonzeptes bilde das Thema Sprachförderung einen Schwerpunkt.

Zum Aufenthaltsstatus von Flüchtlingen führt **Herr Häusgen** aus, dass sich bei anerkannten Flüchtlingen der Status nicht ändere. Auch wenn Abschiebehindernisse vorlägen, seien Familienangehörige nach Art. 6 geschützt. Es werde niemand schlechter gestellt, als es vorher der Fall war. Kürzungen von Leistungen seien jedoch möglich, wenn sich jemand weigere, an Sprachkursen teilzunehmen, um seine Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Herr Häusgen weist darauf hin, dass es in den nächsten 3 – 4 Monaten in seiner Dienststelle zu Wartezeiten kommen könne wegen der erhöhten Anforderungen, die mit der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes verbunden seien.
Bezüglich der Auswirkungen des Zuwanderungsgesetzes auf langjährig geduldete Flüchtlinge verweist Herr Häusgen auf § 25, Absatz 4 und 5 des Zuwanderungsgesetzes und stellt klar, dass hier keine Bleiberechtsregelung zu erwarten sei. Um einen Daueraufenthalt zu ermöglichen, seien die Regelungen nicht geeignet.
In den Kosovo sei beispielsweise auch weiterhin mit Rückführungen zu rechnen.

Zur Frage der Leistungen für Flüchtlinge regt er an, Herrn Strotmann/ Herrn Falder in eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

Herr Knoche äußert die Hoffnung, dass die erfolgreich laufenden Fördermaßnahmen für Spätaussiedler durch die neuen Regelungen nicht zerstört würden.
Er verweist auf eine Zusammenfassung der Flüchtlingsorganisation „Pro Asyl“ unter dem Titel „Mehr Schatten als Licht“ und äußert die Sorge, dass das Zuwanderungsgesetz der Arbeitsmarktlage angepasst werde und die Menschen aus dem Blick gerieten.

Herr Kilinc äußert die Sorge, dass das Niveau, das nach Abschluss der Sprachkurse erreicht werden müsse, sehr hoch sei und stellt die Frage, wie weit unterschiedliche Niveaus für unterschiedliche Lerngruppen Berücksichtigung fänden.

Herr Häusgen bestätigt den Eindruck, dass die Anforderungen an die Teilnehmer der Sprachkurse hoch sei. Es werde allerdings ein differenziertes Angebot geben. Es seien Prüfungen am Ende der Kurse vorgesehen.

Herr Aurelio fragt nach den Neuregelungen für Studenten.

Herr Häusgen stellt fest, dass es für ausländische Studenten durch das Zuwanderungsgesetz Erleichterungen gebe. Eine studienbegleitende Arbeitsaufnahme von bis zu 90

Tagen im Jahr sei möglich. Nach Abschluss des Studiums habe man zukünftig bis zu einem Jahr Zeit, um eine adäquate Beschäftigung zu finden und dann als hochqualifizierte Kraft in Deutschland zu bleiben.

Herr Firouzkhah fragt, ob die erhöhten Anforderungen an die Ausländerbehörde mit dem gleichen Personalstand zu schaffen seien.

Herr Häusgen verweist auf die Umstrukturierungen, die in den letzten Jahren bereits erfolgt seien und geht davon aus, mit dem vorhandenen Mitarbeiterstamm auch die zukünftigen Aufgaben gut meistern zu können.

Der Vorsitzende bedankt sich für die umfangreichen Informationen.

TOP 13

Verschiedenes

a) Mitteilungen der Verwaltung

Herr Smentek verweist auf die Mitteilungen der Verwaltung zum muttersprachlichen Unterricht und auf die bereits im Rat beschlossene weitere Beteiligung der Stadt Solingen am Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“

b) Anfragen an die Verwaltung

Frau Zacharaki fragt an, welche Auswirkungen die Kürzungen beim muttersprachlichen Unterricht hatten und regt an, die zuständige Schulaufsicht (Herrn Plein) dazu in eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

Herr Knoche fragt nach den Ursachen für die geringe Wahlbeteiligung. Er bittet die Verwaltung um eine Zusammenstellung der Ursachen und um Überlegungen, was man zukünftig verbessern könne.

Frau Wehkamp sagt zu, eine Zusammenstellung der möglichen Ursachen für Wahlbeteiligung vorzubereiten, bittet die Mitglieder des Gremiums jedoch um Unterstützung, da die Ursachen sicherlich auf verschiedenen Ebenen zu suchen seien.

Herr Passmann regt an, einen Workshop mit dem Zuwanderer- und Integrationsrat durchzuführen, um im Sinne eines konstruktiven Miteinanders Ziele und Vorgehensweise abzustimmen.

Außerdem fragt **Herr Passmann** nach dem Sachstand der Gründung einer Arbeitsgruppe für Flüchtlingsfragen.

Herr Basaran regt an, sich zukünftig in einem größeren Versammlungsraum zu treffen, da es für die Mitglieder des Integrationsrates schwierig sei, aus der zweiten Reihe heraus mitzudiskutieren.

gez. Pino Umberto Mamone
Vorsitzender

gez. Anne Wehkamp
Protokollführung